

autonomes

Blättchen

**gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover**

#1



Über **Waffen...**



und



...friedenserhaltende Maßnahmen

autonomes

Blättchen

gegen Repression und für antimilitaristische Praxis

Hannover



Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habenahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Impressum:

Blättchen Nr.1

Dezember 2009

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail: ~~blaettchen@web.de~~ **autonomes.blaettchen@web.de**

Post: Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 2. Ausgabe:

31.01.2009

Im Internet zu Gast bei:

antimilitarismus.blogspot.de

ViSDP: Dieter Dengler, Waterloostr. 9,
Hannover

Inhaltsverzeichnis:

Seite 1 : Editorial

Seite 2 : Razzia in Hannover

Seite 3 : Flugblatt Solidemo
„Kriminell sind die, die
Kriege führen und nicht
der antimilitaristische
Widerstand“

Seite 3 : Redebeitrag des
Betroffenen

Seite 4 : Die Proteste gegen das
36. Sommerbiwak 2009 -
wie kann daraus
Widerstand werden?

Seite 5 : Zusammenfassung Urteils-
verkündung im sogenannten
„mg“-Prozess

Seite 6 : Feldjägerschule Mordsaus-
bildung in Hannover

Seite 7 : Bundeswehr im Innern -
Verbindungskommandos,
Aufstandbekämpfung und
Kampfeinsatz im Bahnhof

Seite 16: Antimilitaristischer
Aktionsticker

Editorial

Wir sind eine Unterstützungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_innen. Wir unterstützen Alle, die in der Region Hannover der Repression des kriegerischen Deutschlands ausgesetzt sind. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit den Folgen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr 2009.

In den letzten Jahren ist endlich wieder eine antimilitaristische Bewegung als Teil der radikalen Linken entstanden. Es ist tatsächlich etwas in Bewegung bekommen. Gut, es ist noch kein Aufruhr gegen die deutschen Kriege, die NATO und die Bundeswehr ausgebrochen. Aber Protest und Widerstand haben sich entwickelt und sind gesellschaftlich wahrnehmbar geworden. Es spricht für den Aufbruch einer antimilitaristischen Bewegung, dass sie verschiedene Formen, Bündnisse und Initiativen als Bestandteil ihres Widerstandes begreift. Denn auf der einen Seite müssen für eine erfolgreiche Bewegung Verbündete, auch aus dem bürgerlichen Spektrum, gewonnen werden. Auf der anderen Seite braucht es deutliche Zeichen eines unüberbrückbaren Widerspruches zum bestehenden System und seiner militärischen Herrschaftssicherung.

Aktionen, die in den militarisierten Alltag eingreifen, die Sand ins Getriebe der Mächtigen streuen, sind politisch richtig und nötig. In Hannover ist der Kampf gegen öffentliche Auftritte der Bundeswehr in den Mittelpunkt der antimilitaristischen Aktivitäten gerückt. Erfolgreich wurde gegen Werbetrucks, Messestände und Militaristen vorgegangen. Der Widerstand gegen das Sommerbiwak ist Teil dieses Kampfes.

Wir sind solidarisch mit denen, die wegen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision von staatlicher Repression bedroht sind.

Der Anlass, um sich zusammenzufinden, war die Hausdurchsuchung am 21.08.09, wegen des versuchten Anschlags auf den Rosenpavillon im Stadtpark. Wir werden mit diesem Heft immer dann an die Öffentlichkeit treten, wenn wir was zu sagen haben, es einen neuen Verfahrensstand gibt oder ihr das Postfach überquellen lasst.

Wir sind Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen und politischen Gruppen der radikalen Linken. Deshalb wird es in diesem Blättchen nicht immer nur eine Meinung geben, sondern vielleicht auch Kontroverses und Widersprüchliches. Das finden wir nicht problematisch, schließlich haben wir eine klare gemeinsame Basis, auf der wir zusammengekommen sind.

Solidarität ist etwas Konkretes, Praktisches. Sie nützt nichts als Lippenbekenntnis, sie darf sich nicht im freundschaftlichen auf-die-Schulter-Klopfen erschöpfen. Solidaritätsarbeit heißt für uns, ein politisches Verhältnis herzustellen, in dem diejenigen nicht alleine gelassen werden, die als politische Menschen von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht verfolgt werden. In diesem Sinne wollen wir dazu beitragen, dass Betroffene aktive Unterstützung bekommen und dass eine politische Positionierung zu den Aktionen gegen das Sommerbiwak öffentlich diskutiert werden kann. Wir wollen öffentliche Unterstützung organisieren.

Eine eigene Solidaritätsgruppe wegen einer Hausdurchsuchung zu gründen, erscheint Einigen vielleicht etwas übertrieben. Aber die bestehenden Antirepressionsstrukturen haben genügend Arbeit zu leisten. Es ist gut, dass wir uns auf ein konkretes Projekt konzentrieren können.

Wir werden nicht versuchen, Unschuldsvermutungen dafür heranzuziehen, dass sich Leute ebenfalls solidarisieren. Grundlage unserer Arbeit als Soligruppe ist das Bewusstsein von der Legitimität und Notwendigkeit radikalen und auch militanten Widerstandes gegen Militarismus und Krieg.

Einstellung aller Verfahren wegen Aktionen gegen das Sommerbiwak!

Geld wird auch gebraucht - Spendenkonto

Rote Hilfe e.V.
Kontonr: 0010808858
BLZ: 76010085
Stichwort: Biwak 09

Razzia in Hannover

Die Ermittlungsbehörden drängten darauf, vor dem alljährlichen Event der 1. Panzerdivision, dem sog. Sommerbiwak am 28. August, die Hausdurchsuchung durchzuführen. offensichtlich, um einen Hebel zu haben, den Aktionstag gegen das militaristische Ereignis zu kriminalisieren und Teile der antimilitaristischen Szene einzuschüchtern. So kamen die Herren des Morgenrauens denn am 21. August in aller Herrgottsfrühe in die WG von M. und machten Razzia.

Am 11. August wurden auf dem städtischen Parkgelände, das aussersehen ist, alle Jahre wieder die Begeisterung für Militarismus und Krieg zu entflammen, zwei Eimer gefunden, in denen Plastikflaschen steckten, die dann später von den Ermittlern als „Molotowcocktails“ bezeichnet wurden. Diese Vorrichtungen waren offensichtlich geeignet, dort einen riedgedeckten Pavillon zum Mahnmal gegen Krieg und Imperialismus umzufunktionieren. In einer Erklärung dazu wird dies ausgeführt. „Wir haben die Stadt Hannover als Kriegspartei symbolisch angegriffen und den Stadtpark als Kriegsgebiet markiert.“ Was die AutorInnen der Erklärung allerdings nicht wussten, war, dass dies misslang.

Der Staatsschutz begann hochtourig zu ermitteln. Das Landeskriminalamt wurde eingeschaltet. Die Herkunft der Eimer wurde ausgelotet, das Sortiment der hannoverschen Baumärkte abgecheckt, das Material der Videoüberwachung derselben durchforstet. Auf den Aufzeichnungen vom 27. Juli hofften die Ermittler fündig geworden zu sein. Ein eimerkaufender Mensch wurde auf den Videobändern erspäht, sowohl drinnen im Baumarkt an der Kasse, als auch draußen auf dem Parkplatz, wie er radelt. Die Staatschützer glauben, dass es sich hierbei um M. handeln müsse. Ausgerüstet mit einer Strafanzeige wegen „versuchter Brandstiftung“ und „Verstoß gegen das Waffengesetz“ (pyrotechnische Vorrichtungen, die geeignet sind, Feuer oder Explosionen zu entwickeln, gelten als „Waffen“), wurde bei der Staatsanwaltschaft ein Durchsuchungsbefehl erwirkt, der auf jeden Fall vor Beginn des Sommerbiwaks erfolgen sollte. Um zu untermauern, dass es sich hierbei um die Ermittlungen in einem Gesinnungsprozess zu handeln habe, insbesondere um die Dringlichkeit des Antrags auf Hausdurchsuchung zu unterstreichen, wurde M. zum „Straftäter“ befördert, indem eine Liste verschiedener Demonstrationen und Aktionen

beigelegt wurde, wo es zu „Hausfriedensbruch“, „Widerstand“, Sachbeschädigungen“ und „Landfriedensbruch“ gekommen sein soll. Und M. dabei gewesen wäre! Selbstredend wird der Anlass dieser Ereignisse nicht erwähnt, auch nicht, was M. in diesem Zusammenhang wann und wo gemacht haben soll. Auch nicht, welcher Quellen sich der Staatsschutz hierbei bedient hat. Um die sog. „Straftäterschaft“ zu belegen und die Vorverurteilung zu kompletieren, wird der Hinweis lanciert, M. habe mehrere Antikriegsdemonstrationen angemeldet. Kurz und schlicht: die „Gesinnungsjustiz“ ist am Brüten. Antimilitaristisch zu sein genügt schon, um als „Straftäter“ ausgemacht zu werden!

Bei der Durchsuchung dann wurden vielerlei Gegenstände beschlagnahmt, insbesondere Kleidungsstücke, ein Fahrrad, ein Rucksack und eine Armbanduhr, die die Identität des Eimerkäufers belegen sollen, außerdem Computer, Festplatten, Software, wohl um die Gesinnung der Bewohner (auch im Hinblick auf ihre Affinität zu kriminellen/terroristischen Vereinigungen) zu testen, dann noch Plastikflaschen, Zigarettenpapier, Knaller und Böller, die wohl als Indiz für „Waffenbasteleien“ herhalten sollen.

Das Verfahren ist auf der Amtsgerichtsebene angesiedelt, trotzdem ein Lehrstück in Sa-

chen Gesinnungsjustiz. Es ist dies im Hinblick darauf, welche Dimensionen die Überwachung des öffentlichen und öffentlich zugängigen („privaten“) Raums inzwischen nicht nur als Instrument der sozialen Kontrolle und Abschreckung hat, sondern im Hinblick darauf, wie sie einsetzbar ist, um politischen Widerstand zu kriminalisieren. Offensichtlich handelt es sich hier um Konserven, die beliebig reaktiviert werden können. Vorschriften nach Löschung der Videos (mindest nach einer festgelegten Frist), scheint es (informell) nicht zu geben. Auch deutet sich an, dass, nicht nur in Bahnhöfen, Dateien von sog. „Problemgruppen“ nach bestimmten Rastern (Kleidung, sozialen Verhaltensweisen usw.) angefertigt werden, wobei der Informationsaustausch von privaten Wachleuten und Hausdetektiven eingeübt und perfektioniert wird. Jemand der Eimerchen kauft, ist schon verdächtig, wenn er ein schwarzes basecap trägt, erst recht.



Why not?



Außerdem scheint da ein Lehrstück darüber abzulaufen, wie Vorverurteilung funktioniert. Statt dem Prinzip der Unschuldsvermutung wird ein Generalverdacht suggeriert. Ein einziges Indiz, der Kauf von Eimern, soll Grundlage zur Eröffnung eines Strafverfahrens sein, wobei die Rechtmäßigkeit des Videobeweises äußerst fragwürdig ist. Bei politischen Strafverfahren allerdings werden solche Regularien einfach über Bord geworfen! Der strafende Staat braucht seine politischen Prozesse, wie seine SoldatInnen den Krieg. Er lechzt nach Verurteilung und gewaltsamer Ruhigstellung des Hinterlands. Warten wirs ab. Ganz und gar nicht in Demut! Erstmal ist festzustellen, dass der Versuch, die AntikriegsaktivistInnen zu demoralisieren, ganz und gar missglückt ist. Im Gegenteil: die Staatsschutzmaßnahmen haben eher mobilisierend gewirkt, am Aktionstag gegen das Sommerbiwak teilzunehmen. Gegen die Waffen des militarisierten Staates steht unsere Solidarität.



Flugblatttext Solidemo nach der Hausdurchsuchung:

„Kriminell sind die, die Kriege führen und nicht der antimilitaristische Widerstand!
Feuer und Flamme der Repression!

Am 28. August findet im Stadtpark das jährliche Sommerbiwak der 1. Panzerdivision statt. Gegen dieses Fest der Kriegerinnen und Krieger gibt es seit einigen Jahren Widerstand. Neben Demonstrationen, Kundgebungen und kleinen Aktionen gab es im Vorfeld des diesjährigen Biwaks unter anderem hübsch verunstaltete Kriegsdenkmäler und einen versuchten Brandanschlag auf den Rosenpavillon im Stadtpark. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland weltweit Krieg führt, stellen diese Aktionsformen für uns einen legitimen Ausdruck antimilitaristischen Widerstands und Protests dar. Heute Morgen durchsuchten Beamte und Beamtinnen des Staatsschutzes und der

Bereitschaftspolizei eine WG in Hannover. Einem Antimilitaristen soll der versuchte Anschlag im Stadtpark in die Schuhe geschoben werden. Es wurden Gegenstände beschlagnahmt und eine DNA-Probe erzwungen. Wir solidarisieren uns mit allen von Repression betroffenen Antimilitaristen und Antimilitaristinnen! Der Widerstand gegen das Sommerbiwak lässt sich nicht spalten! Für uns gilt ohne Wenn und Aber: **Kein Frieden mit der Bundeswehr und keine Feier mit der 1. Panzerdivision.**

Redebeitrag des von der Durchsuchung Betroffenen:

„Hallo, ich bin der Betroffene der Hausdurchsuchung. Ich will gar nicht viele Worte verlieren, aber zu ein paar Dingen will ich doch etwas sagen. Es ist eine Scheißsituation in der ich mich gerade befinde und es gibt mir Kraft, dass spontan so viele Menschen zusammen gekommen sind und sich mit mir solidarisch zeigen. Ich habe nicht vor, mich von den Bullen unterkriegen zu lassen. In diesem Fall bin ich der Betroffene, aber gemeint sind wir alle. Das klingt wie eine hohle Phrase, aber auch heute hat sich wieder einmal gezeigt, dass es den Bullen nicht nur um die Aufklärung von Straftaten geht, sondern eben auch um die Einschüchterung linker Aktivist_innen und die Verhinderung von kontinuierlichem Widerstand. In Hannover haben Menschen als Ausdruck des Widerstandes gegen das Sommerbiwak versucht einen Pavillon im Stadtpark anzuzünden. Sie haben also ein illegales Mittel gewählt um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Wenn die Bundeswehr in Afghanistan oder im Kosovo im Einsatz ist, dann ist das weder eine humanitäre Maßnahme noch eine Friedensmission – Es ist Krieg! Im Gegensatz zu der mir vorgeworfenen Aktion ist Krieg ein legales Mittel der Politik in kapitalistischen Gesellschaften. Hiermit will ich deutlich machen, dass es uns nur darum gehen kann,



legitime und wirkungsvolle Mittel einzusetzen, um Kriege zu be- und bestenfalls zu verhindern - ohne uns durch die Frage von Illegalität oder Legalität Grenzen in unserm Handeln setzen zu lassen.

Verabschieden möchte ich mich von euch mit einem Zitat von Berthold Brecht das auch schon auf einem Soli-Plakat zum mg-Prozess verwendet wurde:

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten nicht die Hände zerschlagen werden.“

Die Proteste gegen das 36. Sommerbiwak 2009 – wie kann daraus Widerstand werden?

„Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, das das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“
U. M.

In diesem Jahr waren die Proteste gegen das Treffen der

KriegstreiberInnen in Hannover vor allem durch kreative Aktionen von Kleingruppen und eine lautstarke Kundgebung mit anschließender Demo geprägt.

Zu erwähnen sind an dieser Stelle die farblichen Veränderungen einiger Kriegsdenkmäler, der leider missglückte versuchte Brandanschlag auf den Rosenpavillon und ebenso die Aktionen gegen die Bullenwache und das Kreiswehrrersatzamt am Abend des Sommerbiwaks, die sich gegen das Sommerbiwak und die Hausdurchsuchung (aufgrund der Rosenpavillon-Aktion) richteten. Durch das massive Polizeiaufgebot konnten jedoch nur wenige Aktionen in direkter zeitlicher und örtlicher Nähe zum Sommerbiwak stattfinden, die in das Geschehen im Hannover Congress Centrum und dem angrenzenden Stadtpark direkt eingriffen.

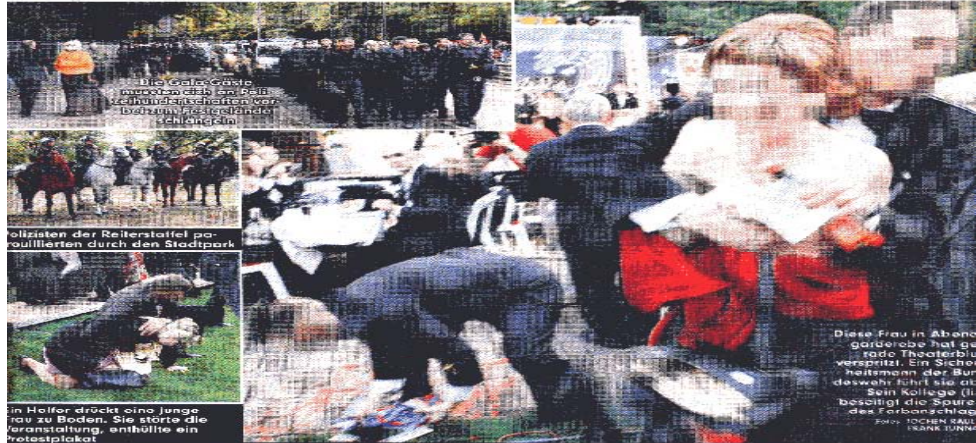
Positiv hervorzuheben ist an dieser Stelle die Aktion einiger Leute, die innerhalb des Geländes während des „Festes“ Parolen riefen und ein Transparent entrollten; es soll auch zu einem „Farbanschlag auf Fest-Gäste“ (BILD) gekommen sein.

Ebenfalls positiv anzumerken ist, dass sich die Anzahl der Leute, die sich an der Kundgebung und der anschließenden Demo beteiligt haben, konstant gehalten hat, während die Zahl der Sommerbiwak-BesucherInnen in diesem Jahr zum ersten mal rückläufig war. Zudem konnte die Entschlossenheit des Protests während der Kundgebung durch das symbolische Bewerfen eines Papppanzers mit Farbe zum Ausdruck gebracht werden und nicht wenige freuten sich darüber, dass dabei auch einige Bullen Farbe abbekamen. Der Versuch, mit dem Lautsprecherwagen näher an den Ort des Geschehens heranzukommen, scheiterte

jedoch leider einige Stunden zu- vor vor Gericht. Das Verhältnis zwischen Fahnen und Leuten vor Ort war eindeutig unausgewogen, was wohl auch dem Vorwahlkampf für die Bundestagswahlen geschuldet war. Ein paar mehr Leute und weniger Fahnen wären sicherlich besser gewesen.

Durch das gegebene Kräfteverhältnis hatten die Bullen die Situation vor Ort leider viel zu sehr im Griff und zwar sowohl während der durch Hamburger Gitter eingezäunten Kundgebung direkt vor dem Sommerbiwak, als auch während der mit Spalier versehenen Demo zum Veranstaltungszentrum Pavillon - von der abendlichen Demo zurück zum Sommerbiwak und den anschließenden Platzverweissenswettbewerb ganz zu schweigen. Als Ausblick

Chaoten stören Bundeswehr-Biwak



FARBANSCHLAG AUF FESTGÄSTE



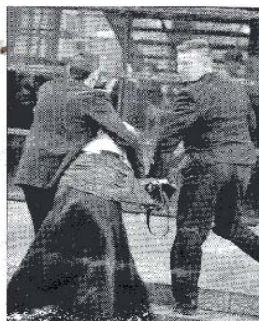
für das 37. Sommerbiwak 2010 könnte es daher notwendig sein – wenn mensch der Gefahr einer Ritualisierung und damit Einhegung oder gar Einbindung des Protests entgehen will – dass die radikale Linke (vom bürgerlichen Spektrum sind diesbezüglich wohl eher keine Antworten zu erwarten) die Frage diskutiert, ob und wie es möglich ist, innerhalb der Proteste Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, um daraus Widerstand zu entwickeln und das Sommerbiwak offensiver angehen zu können und welche Aktionsformen dabei zur Geltung kommen sollten. Welche Schritte müssen gegangen werden, um nach vorne zu kommen – und in welcher Richtung liegt vorne?

Proteste beim Biwak

Polizei muss Bundeswehr schützen

Neue Presse

So liest man heute.



Jetzt hier kaufen!

Zusammenfassung Urteilsverkündung im sogenannten „mg“ Prozess

Am 16.10.2009 ging nach einem Jahr und mehr als 60 Verhandlungstagen der Prozess gegen Olli, Axel und Florian vorläufig zu Ende.

Den drei Antimilitaristen wird vorgeworfen, als Mitglieder der „militanten gruppe“ an einer versuchten Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein. Die drei wurden zu Haftstrafen von 3 und 3,5 Jahren verurteilt. Die VerteidigerInnen werden in Berufung gehen. Der Berliner Senat folgte mit seinem Urteil den Forderungen der Bundesanwaltschaft, sowohl in seiner Begründung als auch im Strafmaß.

Der Prozess war von Anfang an gekennzeichnet durch die Stigmatisierung der Angeklagten und auch der ProzessbeobachterInnen. Diese mussten sich, um dem Prozess beizuwohnen, schikanösen Sicherheitsmaßnahmen unterziehen. Dies diente einzig der Einschüchterung der UnterstützerInnen.

Aussagebeschränkungen seitens der Beamten, verkleidete Zeugen und unvollständige Akten waren prägend in diesem Prozess und gingen zu Lasten der Angeklagten.

Die Observationsbullen traten stets mit falschem Bart und Perücke auf, selbst die Hautfarbe war verändert worden. Der Verteidigung wurde ein vollständiger Einblick in die Prozessakten verwehrt, auch beteiligte sich das BKA verdeckt an einer Militanzdebatte in der „Interim“. Unter dem Namen „die zwei aus der Muppetshow“ veröffentlichten sie dort einen Text. Tage vor der Urteilsverkündung verzichtete die Verteidigung auf ihr Plädoyer:

„Wir werden in diesem Verfahren mit den offenkundigen Grenzen des Rechtsstaats konfrontiert. Deshalb verzichten wir auf ein Plädoyer. Wir kapitulieren damit vor den politischen

Vorgaben, die diesen Prozess bestimmen.

Der Vorwurf der Mitgliedschaft in der „militanten gruppe“, der unseren Mandanten gemacht wird, beruht lediglich auf Indizien und auf Informationen des Verfassungsschutzes.

Wir haben die Hoffnung aufgegeben, mit unseren Argumenten vor Gericht Gehör zu finden.

Weil wir den Eindruck haben, gegen den politischen Druck nichts ausrichten zu können, haben wir uns dazu entschlossen, nicht zu plädieren.“, so die Erklärung der Verteidigung.

Am Tag der Urteilsverkündung selbst, kam es zu bundesweiten Solidaritätsbekundungen. Über 1000 Menschen demonstrierten gegen das Urteil, auch kam es zu militanten Anschlägen auf DHL Fahrzeuge in Erfurt. In Hannover gab es Plakataktionen, mit Flyern und Transparenten wurde auf das Urteil aufmerksam gemacht.

Das Bündnis für die Einstellung der 129(a)-Verfahren hatte am Tag der Urteilsverkündung in einer Pressemitteilung erklärt: „Trotz der aufgebauten Drohkulisse eines Sondergerichtes hat antimilitaristischer Widerstand in Deutschland während dieses Prozesses mehr Präsenz bekommen. In den vergangenen Jahren hat der Widerstand gegen Militäreinsätze und die zivil-militärische Zusammenarbeit zugenommen. Der Protest gegen den Krieg wird wieder deutlich entschlossener und geschlossener geführt, ohne dass friedliche Proteste und militanter Widerstand gegeneinander ausgespielt werden konnten. Das haben wir auch an der Solidarität gemerkt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Spektren kam.“

In diesem Sinne:

Freiheit für alle Antimilitarist_innen!

Mordsausbildung in Hannover!

Am 23. Oktober hat die Bundeswehr in Hannover ein neues Prestigeobjekt in Betrieb genommen. Im Beisein von Oberbürgermeister Weil und dem niedersächsischen Innenminister Schünemann öffnete die „Schule für Feldjäger und Stabsdienst“ ihre Pforten.

Die Feldjägerschule ist kein verschlafenes Schulhäuschen, in dem die Militärpolizei nur Verkehrsregeln lernt und übt, wie desorientierten SoldatInnen über die Straße zu helfen ist. In Vahrenheide entstand seit 2006 ein *Schulungszentrum*, welches zu den modernsten der Bundeswehr zählt, in dem die Feldjäger und Stabsdienste einsetztauglich für die weltweiten Kriege gemacht werden.

Die Feldjägerschule ist in der Emmich-Cambrai-Kaserne untergebracht. Hier werden SoldatInnen aller Teilstreitkräfte, also aus Heer, Luftwaffe und Marine, in 25 Gebäuden unterrichtet. Dafür hat die Bundeswehr 80 Millionen Euro in die bereits bestehende Kaserne investiert. Das zeigt, welche Bedeutung der Schule von den Chefkriegern beigemessen wird. Hier werden bis zu 1400 Lehrgangsteilnehmende pro Tag und 7000 jährlich in ca. 80 verschiedenen Lehrgängen kriegstauglich gemacht.

„Wir bilden unter Bedingungen aus, die denen des Einsatzes so nah wie möglich kommen - und zwar des Auslandseinsatzes“ so Schulkommandeur Oberst Hubert Katz.

„Dafür setzen wir die Soldaten ständig unter Stress“ ergänzt Oberstleutnant Volker Koors besserwisserisch.

Wir gehen davon aus, dass hannoversche Antimilitarist_innen den Stressfaktor noch weiter nach oben treiben können. Aber Vorsicht! Schließlich üben die MörderInnen gezielt den Umgang mit Demonstrierenden, Protestierenden und sozial Unangepassten. Dafür werden die Feldjäger hier zu Hundeführern (mit Hund selbstverständlich), als Greiftrupps (explizit für Demos!) und Zugriffstrupps ausgebildet.

Das passt ganz gut, denn der andere Teil der Ausbildung an der Kugelfangtrift gilt dem Stabsdienst. Der ist unter anderem zuständig für die zivilmilitärische Zusammenarbeit (das sogenannte Verbindungswesen).

Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird da sicher auch geübt. Es sei daran erinnert, dass das Verbindungskommando von Bundeswehr und Stadt Hannover der Polizeidirektion zugeordnet ist.

Ansonsten koordiniert und organisiert der Stabsdienst die Truppe - ist also der organisatorische Kern der deutschen KriegerInnen.

Hier wird die militärische Elite ausgebildet.



Dazu gehören auch Verbindungsoffiziere (für das In- und Ausland), sowie Fachleute für das Personalwesen und das Organisieren von Gefechtsständen.

An der Spitze der Schule steht der Schulkommandeur (hört sich zackiger an als Schuldirektor!), dem die Teileinheit Controlling und der Rechtsberater zur Seite stehen.

Weiterhin befinden sich der Personalrat und die militärische Gleichstellungsbeauftragte zur Beratung an der anderen Seite des Schulkommandeurs.

Die Schule ist grundsätzlich in drei Bereiche unterteilt. Der Bereich Lehre und Ausbildung, der Schulstab und der Bereich Unterstützung.

Eine Lehrgruppe A zeichnet für die Feldjägerausbildung verantwortlich. Hierfür wurden neue Anlagen errichtet, um alle Ausbildungsbereiche der Feldjägertruppe so realistisch wie möglich betreiben zu können. Die militärische Aus- und Weiterbildung der SpitzensportlerInnen der Sportfördergruppen der Bundeswehr wird ebenfalls durch die Lehrgruppe A durchgeführt. Das betrifft einen Großteil der bundesdeutschen Sportasche, da sie sogenannte SportsoldatInnen sind.

Die Lehrgruppe B bildet für alle drei Teilstreitkräfte SoldatInnen im Bereich des Stabsdienstes und inAnwendungen der Datenverarbeitungsunterstützung aus.

Neben der 1. Panzerdivision, die für die Koordinierung und zur Verfügungstellung der in die Auslandseinsätze zu schickenden HeeressoldatInnen zuständig ist, hat mit der Feldjäger- und Stabsdienstschiule ein weiteres wichtiges Projekt der Bundeswehr in Hannover einen Platz gefunden. Das entspricht der Aufforderung des Oberbürgermeisters an die Soldaten bei der Eröffnung der Schule: „Machen Sie sich breit in der Stadt“. Kriegshauptstadt Hannover? Wir haben die Wahl. Sorgen wir dafür, dass sich die Soldaten und Soldatinnen hier nicht zu Hause fühlen, dass ihnen bei ihren Kriegsvorbereitungen und Notstandsmanövern ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

Die Bundeswehr im Innern – Verbindungskommandos, Aufstandsbekämpfung und Kampfeinsatz im Bahnhof

Oder warum die Militarisierung der Gesellschaft ein Angriff auf alle linken und emanzipatorischen Bewegungen ist.

Dieser Text soll einerseits einen Überblick über Bundeswehrstrukturen zum Einsatz innerhalb der BRD geben und andererseits möglichst klar herausstellen, was diese für die Perspektive von gesellschaftlicher Veränderung bedeuten. Das Ziel dieses Textes ist es, über antimilitaristische und Friedensgruppierungen hinaus, eine Diskussion einzufordern. Welche Bedeutung hat eine militarisierte, staatliche Strategie zur repressiven Unterdrückung sozialer Konflikte für uns, als in unterschiedlichsten Bewegungen und Strömungen für Veränderungen Kämpfende?

Wie können wir der staatlichen Bedrohung linker Bewegungen etwas entgegensetzen und in die Offensive kommen?

Dass die Bundeswehr Gipfel wie den G8 oder die NATO-Sicherheitskonferenz in München schützt und dass Politiker_innen der CDU immer mal wieder die Änderung des Grundgesetzes fordern, damit die Bundeswehr noch mehr Befugnisse zum Einsatz im Innern bekommt, hat wohl fast jede_r schon mal gehört. Aber wer weiß schon so genau:

Was die 441¹ sog. Verbindungskommandos treiben, die die Bundeswehr seit 2007 in sämtlichen Regierungsbezirken sowie Kreisen und kreisfreien Städten aufgebaut hat?

Dass die Bundeswehr zukünftig Kampfeinsätze in Bahnhöfen üben möchte?

Oder warum die Bundesregierung den Einsatz von Soldat_innen gegen Streiks oder als Streikbrecher_innen nicht ausschließen möchte?

Im Folgenden soll versucht werden einen Überblick und eine Einschätzung über die Struktur der Verbindungskommandos, dem Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) und der Aufstandsbekämpfung zu geben. Dazu werden wir im ersten Abschnitt die

Fakten zum Aufbau und der bisherigen Aktivität dieser Kommandos benennen. Im zweiten Abschnitt wird es um das Gefechtsübungszenrum (GÜZ) des Heeres in der Altmark gehen.

Das GÜZ ist sowohl ein Beispiel für die Zusammenarbeit des Militärs mit privaten Akteuren, als auch für die Übung von Aufstandsbekämpfung und Kampfeinsätzen im städtischen Raum. Die beiden Themen -Verbindungskommandos und das Gefechtsübungszenrum - sind ausgewählt worden, da beide, trotz ihrer immensen Rolle für zukünftige Inlandseinsätze der Bundeswehr, bisher relativ wenig Beachtung gefunden haben. Gleich zu Anfang müssen wir klar stellen, dass es sich zwar um zwei bedeutende Beispiele handelt, aber nicht um einen vollständigen Überblick über die Inlandsaktivitäten der Bundeswehr oder der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Wir wollen einerseits diese beiden militärischen Strukturen bekannter und damit hoffentlich auch angreifbarer machen und andererseits beide in Zusammenhang zueinander setzen.

Abschließend wollen wir sie vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Verhältnisse, repressiver, polizeistaatlicher Politik nach Innen und Krieg und Abschottung nach Außen, beurteilen und fragen: Auf was für Situationen zielen diese Strukturen ab? In welchen Szenarien soll die Bundeswehr mithilfe des „flächendeckenden territorialen Netzwerks“ „aufgebrachte Menschenmengen“ kontrollieren und „den Häuserkampf“ praktizieren?

Und gegen wen soll eigentlich gekämpft, bzw. „Amtshilfe“ geleistet werden?

Wir hoffen die ersten beiden recht trockenen Faktenabschnitte schrecken euch nicht ab, weiter zu lesen. Wir haben versucht den Zahlen- und Fakten-Teil kurz zu halten, er ist aber notwendig, um das Ausmaß und das Vordringen der Bundeswehrinnlandsaktivitäten einschätzen zu können. Viel Spaß beim Lesen und hoffentlich auch beim Diskutieren.

Die Verbindungskommandos – Die Durchdringung ziviler Behörden durch die Bundeswehr

Seit 2007 sind 16 Landeskommandos in den Hauptstädten der Länder eingerichtet worden. Ihnen untergeordnet sind 410 Kreisverbindungskommandos (KVK) und 31 Bezirksverbindungskommandos (BVK), in sämtlichen Regierungsbezirken sowie Kreisen und kreisfreien Städten. Diese bestehen in den verschiedenen Bezirken bzw. Kreisen aus je 4 bis 15 Soldat_innen. Insgesamt umfasst die Struktur, deren Aufbau bis Ende 2010 abgeschlossen sein soll,

¹ Alle Zahlen und Zitate stammen, wenn nicht anders angegeben, aus den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Fraktion Die Linke im 16. Bundestag. Bundestag Drucksache 16/13847 und 16/13894



über 5.300 Dienstposten. Schon jetzt sind die Kommandos weitgehend einsatzfähig. So ist z.B. das „BVK Polizeidirektion Hannover“ mit 12 Soldat_innen komplett, während das „KVK Region Hannover“ 9 besetzte und zwei noch unbesetzte Stellen hat. Das BVK in Hannover stellt mit der Zuordnung zur Polizeidirektion eine Besonderheit dar: In den meisten anderen Bezirken sind die Kommandos der Stadt zugeordnet und in den Rathäusern untergebracht. Die Hannoveraner Besonderheit könnte damit erklärt werden, dass, im Gegensatz zu den meisten anderen Städten, in Hannover auch die Versammlungsbehörde der Polizeidirektion zugeordnet ist. Offizielle Informationen dazu gibt es allerdings nicht. Je Kommando gibt es einen Beauftragten der Bundeswehr für ZMZ (BeaBwZMZ), diesem unterstehen die übrigen aktiven Soldat_innen und Reservist_innen. „Aufgrund von Absprachen der Landeskommandos mit den Mittelbehörden und Kommunen verfügen nahezu alle BVK/KVK über Büroinfrastruktur in Anlehnung an die jeweiligen Katastrophenschutzbehörden. [...] Die BVK/KVK werden regelmäßig zu Zusammenkünften der zivilen kommunalen Katastrophenschutz-einrichtungen herangezogen, wenn mögliche Unterstützungsleistungen der Bundeswehr planerisch geregelt bzw. beantragt werden sollen. [Sie] sind die Ansprechpartner der jeweils um Unterstützung nachsuchenden administrativen Ebene. Durch ihre flächendeckende Verfügbarkeit ist eine Verkürzung der Reaktionszeit gewährleistet. Die eingesetzten Kräfte der Bundeswehr [können so] frühzeitig über die sich darbietenden örtlichen und strukturellen Gegebenheiten durch die Verbindungskommandos unterrichtet werden.“

Allein im Zeitraum vom 01.04. - 30.06.2009 leistete die Bundeswehr 16 mal „Amtshilfe“, 8 mal „sanitätsdienstliche Unterstützung“ und 7 mal „Unterstützung Dritter“, die z.T. mit Hilfe der Verbindungskommandos organisiert wurden. Die 31 im Zeitraum dieser 3 Monate erfolgten „Unterstützungs-, Hilfsleistungen“ reichten von der Bereitstellung von ABC-Spühpanzern mit Besatzung, Hubschraubern, Wärmebildgeräten, Soldat_innen für Lagerarbeiten, Sanitäter_innen, Krankenwagen uvm., der Übernahme von Transporten und Verpflegung für die Polizei, bis hin zur „Unterstützung im Rahmen der Ausbildung von Feuerwehrführungspersonal“. Ebenso vielfältig wie die geleistete „Unterstützung“ waren die Anlässe, zu der diese zum Tragen kamen. Seit 2007 waren die Verbindungskommandos bei 27 sog. Großereignissen und 30 sog. Katastropheneinsätzen beteiligt.

Die sog. Katastrophenfälle reichten von Bekämpfung der Vogelgrippe über Sturm-, Hochwasser- und Waldbrandeinsätze bis hin zu Bombenentschärfungen. Eine noch größere Bandbreite hatten die Großereignisse, in deren Planung die Verbindungskommandos eingebunden waren. Vom G8 und NATO-Gipfel bis hin zum Kirchentag in Bremen, der Niedersachsentege und sogar der Loveparade ist alles Mögliche dabei gewesen. Die BVK/KVK haben seit 2007 insgesamt weit mehr als 500 Übungen durchgeführt, die allerdings sehr ungleich verteilt stattgefunden haben. Während in Niedersachsen bisher drei Übungen durchgeführt wurden, haben einzelne BVK/KVK in anderen Bundesländern bereits 8 hinter sich und in Bayern hat je Landkreis und kreisfreie Stadt eine Übung in Form von Standortschulungen, Katastrophenschutzübungen und Stabsrahmenübungen stattgefunden. Darüber hinaus wurden in 9 von 16 Bundesländern „Koordinierungsgremien unter ständiger Beteiligung der Bundeswehr“ eingerichtet. Diese sollen die reibungslose Einbindung der neuen Kommandostruktur in den zivilen Katastrophenschutz gewährleisten und treten auch in den übrigen 7 Bundesländern „bei Bedarf zusammen“. Über die genaue Zusammensetzung dieser Gremien gibt die Bundesregierung keine Auskunft. Allerdings ist bekannt, dass in Baden-Württemberg Vertreter_innen des französischen und des US-Militär, ebenso wie Mitarbeiter_innen der Bundesagentur für Arbeit, der DB AG, der Telekom und der Post beteiligt sind. Eine wichtige Funktion bei der Durchdringung ziviler Behörden durch die Bundeswehr haben auch Aus- und Weiterbildungslehrgänge für Mitglieder der Verbindungskommandos und zivile Mitarbeiter_innen im „Katastrophen-Bevölkerungsschutz-Bereich“. Im Zeitraum 2003 bis Ende Juli 2009 haben insgesamt 2.212 Personen an der Ausbildung der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz teilgenommen. Diese Ausbildung stellt für die Mitglieder der Verbindungskommandos ein Pflichtlehrgang dar. Neben aktiven Soldat_innen nahmen auch 785 Reservist_innen sowie 489 zivile Kräfte der Polizeien des Bundes und der Länder, Führungskräfte von Feuerwehren, Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks (THW) an dem Lehrgang teil.



„Der Teilnehmer soll aus den weltpolitischen Veränderungen der neunziger Jahre die entwickelte neue Sicherheitsstrategie Deutschlands kennen lernen. Der Schwerpunkt wird auf die drei Akteure (Bevölkerungsschutz, Polizei und Bundeswehr) und deren Vernetzung gelegt. [...] Begleitend werden die gesetzlichen und verordnungsmäßigen Grundlagen der Zusammenarbeit, die verschiedenen Arbeitsweisen, Definitionen und Sprachregelungen der ZMZ im Inland dargestellt.“ Ein abschließendes Planspiel soll die Möglichkeiten der Zusammenarbeit vertiefen. Explizit genannte Lehrinhalte sind u.a.: Gefährdungsfelder der Sicherheit im Zeichen der Globalisierung, Kritische Infrastruktur, aktueller Sachstand sowie Perspektiven im Hinblick auf Nahrungsmittel, Trinkwasser, Verkehr, Vorstellung des Führungsmodells „Verwaltungsstab“, Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit und Gestaltung der Pressearbeit.

Einen weiteren Pflichtlehrgang für die Beauftragten der Bundeswehr für Zivilmilitärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ) und Stabsoffiziere der Reserve in BVK/KVK an der Schule für Feldjäger- und Stabsdienst haben bis Juli 2009 1.853 Stabsoffiziere innen der Reserve absolviert. Als Inhalte dieses Lehrgangs werden u.a. Grundlagen der Stabsarbeit, Organisation, Regeln der Informationsverarbeitung und Kommunikation, Rechtlichem, IT-Sicherheit, Führung und Einsatz und Grundlagen und Methoden der Bildauswertung angegeben. Darüber hinaus wurde ein weiterführendes Seminar für 60 Führungskräfte, die BeaBwZMZ, als Pilotprojekt an der Führungsakademie der Bundeswehr eingerichtet. Die Lehrinhalte dieser Ausbildung sind nicht bekannt. Außerdem gibt die Bundesregierung an: „Weitere Lehrgänge einzelner Reservistinnen und Reservisten im Rahmen persönlicher Aus- und Weiterbildung oder freiwilliger Reservistenarbeit werden nicht zentral erfasst.“

Auch sonst gibt sich die Bundesregierung in entscheidenden Fragen äußerst zugeknöpft. Vor Allem um eine eindeutige Beantwortung der Fragen nach Sinn, Zweck und zukünftiger Verwendung der Verbindungskommandos drückt sie sich herum, doch darum wird es im dritten Abschnitt gehen. Deshalb sei abschließend nur noch auf eine vermutlich nicht zufällig unbekannte Zahl hingewiesen, die in unserem Fakten-Abschnitt zu den Verbindungskommandos fehlt. „Die Ausgaben für ZMZ werden in den originären Titeln im gesamten Verteidigungshaushalt mit berücksichtigt. Eine Zuordnung der Ausgaben für ZMZ auf Dienststellen der Bundeswehr ist [...] nicht vorgesehen.“

Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) des Heeres – Die Bundeswehr übt mit Hilfe von Konzernen den Häuserkampf und die Kontrolle von Menschenmengen

Das Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ) liegt auf dem Truppenübungsplatz Altmark, nördlich von Magdeburg. Seit 1935 wurde dieses Gebiet, zunächst von der Wehrmacht und anschließend von der Roten Armee, durchgängig militärisch genutzt. Die aktuelle Größe von circa 15 mal 30 Kilometern (rund 23.000 Hektar)¹ erlangte der Truppenübungsplatz allerdings erst nach der Übernahme durch die Bundeswehr 1994. Das GÜZ, wurde in den Jahren 1995 bis 1999 aufgebaut und erprobt. Seit 2000 wird an 250 Tagen im Jahr ausgebildet und geübt. Seit 2004 durchlaufen jährlich 25.000 Soldat innen das GÜZ, damit liegt die Auslastung des größten und modernsten Übungsplatzes in Europa bei 100 Prozent. Neben deutschen Einheiten trainieren dort auch Streitkräfte anderer Staaten. Hierzu gehören vor allem NATO-Verbündete und Truppenteile der EU-Battle-Group.



Geübt wird mit Originalwaffensystemen – allerdings ohne scharfe Munition. Ermöglicht wird dies durch das sogenannte AGDUS (Ausbildungsgerät Duellsimulator). Die Darstellung von Treffern und Wirkung an Personen und Geräten wird durch modernste Lasertechnik nachempfunden. Die Übungszentrale kann jede Bewegung und jede Tätigkeit von bis zu 1.500 Soldat innen und 200 Fahrzeugen per GPS, Video- und Funküberwachung verfolgen und auswerten. „Daher ist das Gefechtsübungszentrum Heer auch die letzte Station eines Verbandes, der einen Auftrag im Rahmen eines Auslandseinsatzes in einer Krisenregion wahrnehmen soll. Wer diese Herausforderung gemeistert hat, ist ‚Combat – Ready.‘“ heißt es auf der Homepage des Heeres.

¹ Die angegebenen Zahlen und Fakten in Bezug auf das GÜZ sind auf www.deutschesheer.de, www.bundeswehr.de oder www.rheinmetall.de nachzulesen.

Das GÜZ ist somit auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihrer Verbündeten von enormer Bedeutung.



Der erste für unsere Betrachtung interessante Aspekt wird von der Bundeswehr nicht gerade als Aushängeschild verwendet. „Ein zukünftiger Schwerpunkt ist es, Teile des Truppenübungsplatzes mit einer urbanen Infrastruktur auszubauen. So ist es möglich, auch Operationen in urbanem Gelände auszubilden.“ Mehr ist auf der Homepage des Heeres zu dem Thema nicht zu erfahren. Da erfährt man bei Rheinmetall, dem Betreiber des GÜZ schon etwas mehr: Der Ausbildungsverband „kann sowohl eine reguläre Armee darstellen als auch Polizeikräfte, Mitglieder der organisierten Kriminalität oder die einheimische Bevölkerung. [...] Hier üben die Soldaten in Verbänden bis zur Bataillonsstärke in einer Mischung aus

realem Manöver und IT-gestützter Live-Simulation die Panzerabwehr, den Häuserkampf oder das Verhalten gegenüber einer aufgebrachten Menschenmenge.“ Auf dem Trainingsgelände wird schon seit Jahren auch „das Verhalten gegenüber unfriedlichen Menschenmengen geübt, die so genannte Crowd and Riot Control (CRC)“. Unter dem Titel: „Den Aufstand proben: Vorbereitungen auf den Einsatz“ lässt sich auf der Homepage der Bundeswehr u.a. folgendes nachlesen: „Laute Sprechchöre, drohende Fäuste hinter dem Stacheldraht: einige Demonstranten brechen durch die Absperrung und drohen das gesicherte Gebiet zu stürmen. [...] Die Nerven der Soldaten liegen blank. Vor ihnen formieren sich die Demonstranten. [...] Demonstranten, die den Stacheldraht durchbrochen haben, werden abgefangen, die Lücken in der Absperrung wieder geschlossen. Der Kompaniechef versucht die Lage im Gespräch mit den Rädelführern zu entspannen; es erschallen Lautsprecherdurchsagen: ‚KFOR ist hier um Euch zu helfen.‘ Doch jeden Augenblick können Steine fliegen, vielleicht Schüsse fallen. [...] Die Truppe des Gefechtsübungszentrums des Heeres (GÜZ), so genannte ‚Soldaten in darstellender Funktion‘, schulen in der Rolle als Demonstranten das richtige Handeln in der Lage. Dabei geht es auch darum, Situationen entsprechend zu bewerten: Haben die UCK-Anhänger Waffen? Besteht Gefahr für die Bewohner des Klosters

oder die eigenen Leute? Was tun, wenn es zu Übergriffen kommt? [...] Die aggressive Gruppe wendet sich vom Kloster ab. Sie bewegen sich in Richtung Stullenstadt. Ihr Ziel: Das Gebäude der UNHCR, des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen. Wenige Augenblicke später heult eine Sirene auf, Rauch schlägt aus den Fenstern. Kurz darauf geht ein PKW in Flammen auf. Der Mob stürmt das Gebäude und nimmt vier UNHCR-Mitarbeiter als Geiseln, ein verletzter Zivilist wird herausgebracht. Die Einsatzkräfte müssen reagieren, sie sperren die Straße. Eine Postenkette drängt die Demonstranten zurück. [...] Wenig später haben die Einsatzkräfte die Situation wieder unter Kontrolle gebracht. Die Geiseln inklusive des eigenen Mannes können befreit, der Aufruhr zerschlagen werden.“ Auch wenn das hier beschriebene Szenario im Kosovo spielt, legt gerade der geplante Ausbau des GÜZ nahe, dass auch der Inlandseinsatz vorbereitet wird. So heißt es in einem Bericht der sachsen-anhaltiner Zeitung „Volksstimme“¹: „Das Verteidigungsministerium hat zudem den Plänen für den Aufbau einer fiktiven Stadt auf dem 23 000 Hektar großen Truppenübungsplatz zugestimmt. Bis 2016 soll ‚Schnöggersburg‘, benannt nach einem Dorf, das sich einst dort befand, aufgebaut sein. Eine neun Quadratkilometer große Stadt aus Containern, Massiv- und Holzbauten mit Alt- und Neustadt, Industriegebiet, Wald und einem Elendsviertel.“ Der MDR² berichtete: „Inmitten der Heide ist zudem eine Kulissenstadt mit Flugplatz, Bahnhof, Hotels und Hochhäusern geplant. Kropf [Kommandeur des Truppenübungsplatz Altmark] sprach von Investitionen in Höhe von 14 Millionen Euro. Sie sind laut Bundeswehr notwendig, um die Soldaten auf Einsätze in bebautem Gebiet vorzubereiten.“ Das GÜZ ist im übrigen auch nicht der einzige Truppenübungsplatz auf dem das Vorgehen gegen Demonstrationen geübt wird.

¹http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/sachsen_anhalt/sachsen_anhalt/?sid=5hbt62f1ttvk2csbfa6df4nmt4&em_cnt=1475945

²<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/6623389.html>



In der im Oktober 2009 in Hannover eröffneten „Schule für Feldjäger- und Stabsdienst“ werden z.B. Feldjäger-einheiten zu Greiftrupps ausgebildet, die, ähnlich wie die Beweissicherungs- und Festnahme Einheiten (BFE) der Polizei, einzelne Demonstrant_innen aus der Menge heraus festnehmen sollen. Für die realitätsnahe Ausbildung im GÜZ sorgen neben 700 Soldat_innen auch über 250 zivile Mitarbeiter_innen. Das ist der zweite Punkt, der dieses Zentrum für unsere Betrachtung so interessant macht. Alle Unterstützungsleistungen im Rahmen der Technik, dem Betrieb der Liegenschaften und des Truppenübungsplatzes, sowie für die Ausbildung und die Übungen, werden gemeinsam mit einem industriellen - und Festnahme Einheiten (BFE) der Polizei, einzelne Demonstrant_innen aus der Menge heraus festnehmen sollen. Betreiber, dem Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark (RDA) erbracht. Dazu zählen Betrieb und Betreuung der Zentrale und der gesamten Technik ebenso wie die Wartung, Instandsetzung und Lagerung der Gefechtsfahrzeuge. Rheinmetall Defence hat sich damit seit 2008, über eine sechsjährige Vertragslaufzeit, ein Umsatzvolumen von mehr als 100 Mio. Euro gesichert. Der „Rahmenvertrag“ für „Public-Private-Partnership“ (PPP), zwischen der Bundeswehr und über 400 Unternehmen aus dem Jahr 2000, ermöglicht derartige Kooperationen. Der Vertrag schafft die Möglichkeit der Privatisierung von Aufgabenfeldern, „die nicht zu den militärischen Kernfähigkeiten gehören“. Durch Abgabe einzelner Aufgabenbereiche an Konzerne soll wirtschaftlicher gehaushaltet und mit den so eingesparten Geldern das Rüstungsinventar modernisiert und ausgebaut werden. So heißt es im Bundeswehr Weißbuch von 2006: „Kooperationen mit der Wirtschaft bei Serviceaufgaben bis hin zu einer völligen Entlastung von Aufgabenfeldern, die der private Sektor günstiger erbringen kann, werden weiterverfolgt.“

Am 22. August 2000 wurde die „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ (g.e.b.b.) gegründet. Als 100prozentige Tochter des Bundesministeriums der Verteidigung nimmt die g.e.b.b. eine Schlüsselrolle im Modernisierungsprozess der Bundeswehr ein. Sie berät die Leitung der Bundeswehr in allen Fragen der Privatisierung von zivilen Dienstleistungen und ihrer wirtschaftlichen Optimierung. Zudem wird sie im Bereich der Immobilien selbst operativ tätig und nimmt als Anteilseignerin der „LH Bundeswehr Bekleidungs-Gesellschaft“ und „BwFuhrparkService GmbH“ die Gesellschafterinteressen des Verteidigungsministeriums wahr.

Ein bekannter gewordenes Beispiel für die Privatisierung militärischer Aufgaben ist die Auslagerung von Logistik und Lagerung, um die sich das Tochterunternehmen der deutschen Post, DHL beworben hat.

Vom Planungsstab im Rathaus zum Kampfeinsatz im Bahnhof – Aufstandsbekämpfung und Krieg nach Innen

Nachdem wir nun diese beiden militärischen Strukturen vorgestellt haben, möchten wir in diesem letzten Abschnitt versuchen, sie im Zusammenhang zueinander und zur gesamtgesellschaftlichen Situation zu bewerten.

Schon lange vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise war die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkennbar. Längst ist klar geworden, dass die kapitalistisch organisierte (Welt-) Wirtschaft die versprochene Perspektive von Wohlstand und Entwicklung nicht ermöglicht. Dies führt dazu, dass gesellschaftliche Konflikte, aber auch die zwischen Staaten zunehmend gewalttätig, in letzter Konsequenz militärisch „gelöst“ werden.

Als Reaktion auf die zunehmenden sozialen und zwischenstaatlichen Konflikte, sowie die knapper werdenden Ressourcen, etabliert die BRD in Verbund mit anderen EU- und NATO- Partnern eine zunehmend militarisierte Sicherheitsarchitektur.

So werden z.B. die Außengrenzen der EU mit der Errichtung von Zäunen und Lagern, außerhalb des eigenen Gebiets, gegen Flüchtlingsströme „gesichert“. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundeswehr seit mittlerweile 10 Jahren an Auslandseinsätzen und seit 8 Jahren führt Deutschland in Afghanistan Krieg. Der einstige Auftrag der Bundeswehr, der unter dem Begriff der „Verteidigung“ lief, ist durch den der Schaffung von „Sicherheit“ abgelöst worden. Dabei ist nicht die Sicherheit der Lebensbedingungen des Großteils



der Menschen gemeint, die sowohl innerhalb der BRD als auch weltweit mit immer größerer Unsicherheit ihrer Arbeits- und (Über-)Lebensbedingungen konfrontiert sind. Die gemeinte „Sicherheit“, soll die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der westlichen Vormachtstellung garantieren. Wir befinden uns längst in einem dauerhaften, räumlich entgrenzten Kriegszustand. Die beiden vorgestellten militärischen Strukturen sind selbstverständlich vor diesem Hintergrund zu betrachten. So ist z.B. die Privatisierung militärischer Teilaufgaben vor allem eine Maßnahme um die hohen Kosten für die Auslandseinsätze zu senken. Neben den Einsparungen beinhaltet dieses Vorgehen aber auch einen weiteren, für die Bundeswehr erfreulichen, Aspekt: Zivile Strukturen werden militarisiert. Auf der Homepage von Rheinmetall heißt es zum GÜZ: „Die enge Zusammenarbeit zwischen Militär und industriellem Betreiber erfordert von den RDA-Mitarbeitern viel Einfühlungsvermögen. Dabei hilft sicherlich, dass eine Reihe von ihnen ehemalige Soldaten sind und diese Kompetenzen entsprechend einsetzen können.“

Genau wie bei der DHL, die ausschließlich Reservist_innen als Postsoldat_innen einsetzt, geht auch hier das Konzept der Reservist_innen als Multiplikator_innen für die Akzeptanz der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft auf. Durch die Privatisierung wesentlicher militärischer Aufgaben gibt es zudem immer mehr direkt an Kriegen und Militarisierung profitierende Unternehmen. Zukünftig wird es eine stetig steigende Zahl von Unternehmen geben, die, über das sowieso vorhandene Interesse, die ökonomischen Verhältnisse aufrecht zu erhalten hinaus, direkt an militärisch ausgetragenen Konflikten profitieren. Dies gilt selbstverständlich für das Inland genauso wie für die Kriegseinsätze im Ausland. Auch die Begründung für die Aufrüstung nach Innen und Außen in den letzten Jahren, der „Krieg gegen den Terrorismus“, verrät die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches der Bundeswehr. War Terrorismusbekämpfung bis vor wenigen Jahren Aufgabe der Polizei und der Justiz, wird nun, unter dem Stichwort „vernetztes Sicherheit“, ein „umfassender Ansatz“, unter Einbindung jeglicher relevanter Politikfelder, propagiert. Die beschriebene Einrichtung der Verbindungskommandos ist nur

vor diesem Hintergrund erklärbar. Die Bundesregierung hat unlängst festgestellt: „Anlass für etwaige Unterstützungsleistungen der Bundeswehr sind keine ‚Missstände‘ im zivilen Katastrophenschutz. [...] Risikovor-sorge, Gefahrenabwehr und Unterstützungsleistungen im Katastrophenfall stellen [...] einen herausragenden Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge dar, der alle staatlichen Stellen, die dazu beitragen können – somit auch die Bundeswehr – fordert. Deshalb stellt u. a. die Krisenprävention eine ressortübergreifende Aufgabe dar, die zunehmend auch andere Politikbereiche, vor allem die Wirtschafts-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik, fordert. Die Bundeswehr leistet mit der ZMZBw einen bedeutenden Beitrag zu einer ressortübergreifend angelegten gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge mit der Aufgabe der Hilfeleistung im In- und Ausland.“ Auf welche Art

von Krisen sich mit der Einrichtung der Verbindungskommandos vorbereitet wird, machte z.B. der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Klaus Peter Müller, beim Celler Dialog 2008, dem „nationalen Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“, deutlich.

„Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve, einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr organisiert.“ Für Situationen, in denen die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ als bedroht gilt, wenn es also „im schlimmsten Fall [...] zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung“ kommt, sei vorgesorgt. Regelmäßig werde generalstabsmäßig der Ernstfall geübt – also z.B. „Erreichbarkeit und Einsatz von Schlüsselpersonen bei Ausfall großer Teile der üblichen Infrastruktur oder der Belegschaft“. Dass mit Ausfall „der üblichen Infrastruktur oder Belegschaft“ auch Streiks gemeint sind, geht aus der bereits mehrfach zitierten Anfrage der Partei Die Linke im Bundestag hervor. Auf die Frage ob „Streiks im Transport-, Energie- oder Sanitätssektor oder bei der Müllabfuhr als Begründungen für ein Tätigwerden der ZMZ-Strukturen herangezogen werden können“, antwortete die Bundesregierung,



dass eine Prüfung dem Einzelfall vorbehalten sei.

An anderer Stelle wird die Frage nach der Verwendung der Verbindungskommandos noch deutlicher beantwortet. Ob das Gebot der Trennung von Militär und Polizei von den an der ZMZ Beteiligten verstanden worden sei, werde nicht geprüft, auch seien keine Maßnahmen geplant um auszuschließen, „dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressivmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden“. Ob derartige Anlässe zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren führen, müssten die örtlichen für „polizeiliche und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr zuständigen Landesbehörden“ entscheiden. Vor diesem Hintergrund scheinen die Übungen des Vorgehens gegen Demonstrationen und aufgebrachten Menschenmengen, im Gefechtsübungszentrum Altmark, nur folgerichtig. Sicher wird bei dem oben beschriebenen Szenario der Einsatz im Kosovo simuliert und sicher braucht die Bundeswehr die Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung („Crowd and Riot Control“)

auch für ihre Auslandseinsätze. Die Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit bedeutet eben auch, nach Außen, die Übernahme bisher polizeilicher Aufgaben durch das Militär. Trotzdem lässt sich, vor dem Hintergrund der Etablierung der Verbindungskommandos, ihrer geplanten und auch schon erfolgten Einsätze gegen Demonstrationen und dem Aufbau einer Stadt mit Hochhäusern, einem Flughafen und einem Bahnhof im GÜZ, die Vorbereitung groß angelegter Inlandseinsätze zur repressiven Unterdrückung gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche nicht leugnen. Äußerst bedenklich ist außerdem, dass die Bundesregierung angibt, keinerlei Informationen dazu zu haben, inwiefern „Kontakte der BeaBwZMZ außerhalb von Katastrophenschutzaktivitäten“ zu zivilen Behörden bestehen und welche ausländischen Militärs oder privaten Unternehmen an den sog. Koordinierungsgremien beteiligt sind. Ebenso erschreckend ist, dass sie auch angibt, keine Erkenntnisse zu haben, ob „Anhänger bzw. gar Mitglied[er] einer rechts-extremistischen Organisation als BeaBwZMZ“



fungieren. (Im konkret bekannt geworden Fall in Erfurt der „Artgemeinschaft“.) Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRDBw), der bei der Besetzung der Verbindungskommandos Reservist_innen vermittelt, arbeitet gleichzeitig mit einer Vielzahl geschichtsrevisionistischer Traditionsvereine wie dem Kyffhäuserbund, dem Bayrischen Soldatenbund 1874 e.V. und dem Kameradenkreis der Gebirgsjägertruppe, der z.B. die jährlichen Gebirgsjägertreffen in Mittenwald organisiert, zusammen. Der Kyffhäuserbund und der Bayrische Soldatenbund 1874 e.V. gehören sogar dem Beirat Freiwillige Reservistenarbeit beim VdRDBw an und erhalten im Rahmen dieser Zusammenarbeit staatliche Gelder. Ein weiteres Beispiel für die Offenheit der Bundeswehr gegenüber rechtsextremistischen und geschichtsrevisionistischen Bestrebungen ist die Archivierung der „Deutschen Militärzeitschrift“, der Zeitschrift „Kameraden“ und weiteren extrem rechten Publikationen in den Bibliotheken der Infanterieschule, der Offiziersschule des Heeres und weiteren Ausbildungsstätten. Selbst die Bundesregierung räumt in Bezug auf die beiden genannten Zeitungen ein, dass sie dem „rechtsextremistischen Arndt-Verlag“ nahe stehen.¹ Ihr liegen aber angeblich keine Erkenntnisse vor, über Versuche von Rechtsextremist_innen an den Strukturen der ZMZ zu partizipieren.

Hinzu kommt, dass das Verteidigungsministerium weite Teile der Antworten, auf die Anfrage der Partei die Linke, zur Zusammensetzung der Verbindungskommandos geschwärzt oder als Verschlussache eingestuft hat. Wir haben kein Interesse mit diesem Artikel ein Horrorszenario an die Wand zu malen. Trotzdem muss festgestellt werden: Die Vorbereitungen für Repressiveinsätze der Bundeswehr im Innern sind soweit vorangeschritten, dass alle fortschrittlichen, emanzipatorischen Bewegungen sie als eine ernsthafte Bedrohung erkennen sollten. Die Kosten für die Rettungspakete für Konzerne und Banken, in Folge der aktuellen Wirtschaftskrise, sollen erklärtermaßen auf den Großteil der von Lohn und/oder Sozialleistungen Abhängigen abgewälzt werden. Zudem wird das im Wesen des Kapitalismus liegende Bestreben, Wirtschaftswachstum durch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, durch die aktuelle Krise noch beschleunigt. Die Schere zwischen arm und reich wird

¹ Zur Zusammenarbeit des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRDBw) und geschichtsrevisionistischen Organisationen enthält eine kleine Anfrage der Partei die Linken im 16. Bundestag weitere aufschlussreiche Details. Bundestag Drucksache 16/1282

immer schneller und weiter auseinander gehen. Die daraus entstehenden sozialen Konflikte innerhalb der BRD werden sich immer rasanter verschärfen. Wenn wir der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen etwas entgegensetzen wollen, müssen wir Möglichkeiten finden effektiven, außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren.

Mit großer Sympathie und Hoffnung blicken wir auf die entstehende Bildungsstreikbewegung, die noch viel zu zaghaften Krisenprotesten, die für Deutschland doch ziemlich massiv vorgetragenen Drohungen der Gewerkschaften nach der Bundestagswahl, gegen soziale Verschärfungen Widerstand zu organisieren, die wieder erstarken- de Anti-Atomkraftbewegung und die vielen nächtlichen, militanten Aktionen. Aber auch auf die in anderen Ländern Europas gefundenen Kampfformen, wie die Fabrikbesetzungen und Managerentführungen in Frankreich oder den Aufstand in Griechenland im Dezember 2008. Mit großer Sorge sehen wir hingegen, dass linke und linksradikale Bestrebungen in der BRD sich kaum in der positiven Bestimmung von gesellschaftlichen Zielen und noch nicht einmal in einem gemeinsam Abwehrkampf gegen repressive Verschärfungen treffen.

Die überwachungsstaatlichen Maßnahmen der letzten Jahre, wie die Vorratsdatenspeicherung, die Verschärfung der Versammlungsgesetze und die weitestgehende Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, u.a. durch das BKA-Gesetz, haben schon mehr als eindeutig gezeigt, dass auf sozialen Protest und Widerstand mit Repression geantwortet werden soll. Die Bedingungen, der sozialen Zuspitzung etwas entgegen zu setzen oder gar emanzipatorische Ziele durchzusetzen, werden durch diese Repressivmaßnahmen massiv verschlechtert. Dies würde durch Einsätze der Bundeswehr gegen Streiks und Demonstrationen noch einmal eine neue Qualität bekommen. Äußerst bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die (alte) Bundesregierung keine Auskunft geben wollte, welche Bedeutung die Verbindungskommandos für Repressiveinsätze haben wenn es, wie von der CDU immer wieder gefordert, zu einer Verfassungsänderung käme, die Einsätze der Bundeswehr im Inneren über den bisherigen Rahmen hinaus, ermöglicht. „Hypothetische Aussagen“ dazu seien nicht möglich.

Unabhängig von dieser „hypothetischen“ Möglichkeit ist es dringend notwendig, dass sich alle linken, emanzipatorischen Gruppen und Organisationen, die zukünftig noch in der Lage sein wollen gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen, mit der Verschlechterung der Bedingungen dafür durch

Repressivmaßnahmen auseinandersetzen. Die antimilitaristische Bewegung muss viel klarer machen, dass sich unser Kampf nicht nur gegen Kriegseinsätze wie in Afghanistan richtet, sondern auch ein Kampf ist, um die Möglichkeiten für emanzipatorische Bewegungen offen zu halten, bzw. zu verbessern. Es muss viel offensiver gesagt werden, dass das Militär, nicht nur in Afghanistan sondern auch innerhalb der BRD, linken Bestrebungen entgegensteht. Sowohl ganz praktisch durch Einsätze gegen Linke, als auch auf Grund der reaktionären Ideologie, die die Militarisierung transportiert, also vor allem der Befehl-Gehorsam-Struktur, der Heroisierung von Gewalt und der damit einhergehenden patriarchalen Zu- richtung.

Wir müssen die Diskussion um verschärfte Repression, deren Spitze die Bundeswehr im Inneren darstellt, in die potentiell davon betroffenen Gruppen und Organisationen tragen.

Es kann nicht sein, dass flächendeckend Strukturen etabliert werden, die Bundeswehreinlandseinsätze koordinieren, gleichzeitig Einsätze gegen Demonstrationen geübt werden und sich Diejenigen, die auch künftig demonstrieren wollen, nicht dazu verhalten. Es kann nicht sein, dass offen über den Einsatz von Soldat_innen gegen Streiks geredet wird ohne, dass es Reaktionen von den Gewerkschaften gibt. Es ist für uns unverständlich, wie wenig sich antifaschistische Gruppen für den ganzen Themenkomplex „Innere Sicherheit“ interessieren, obwohl gerade zentrale Lehren aus dem Faschismus, die Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär über Bord geworfen werden und sogar offen geschichtsrevisionistische Organisationen daran partizipieren.

Wie kann es sein, dass kriegerische Auseinandersetzungen um Energie geführt werden und die Antiatomkraft- oder auch die Klimabewegung sich nicht darauf beziehen?





Diese Beispiele ließen sich noch eine Weile weiterführen. Letztendlich lassen sich in allen politischen Kampffeldern Verknüpfungen zur Militarisierung finden. Gleichzeitig stellt die Militarisierung einen Angriff auf alle diese Bewegungen dar. Wir meinen damit nicht, dass jede_r Antimilitarismus zum Schwerpunkt der eigenen Arbeit machen muss, sondern dass Alle innerhalb ihres Themenfeldes Verknüpfungen zur Militarisierung aufgreifen sollten. Darüber hinaus müssen dringend Mittel und Wege gefunden werden, wie wir uns trotz der zunehmenden staatlichen Bedrohung linker Politik organisieren und vor allem unseren Anspruch von radikaler Intervention umsetzen können. Einen beachtenswerten Hinweis geben uns die Strateg_innen der ZMZ selbst an die Hand. Genau wie wir glauben sie, dass soziale Zuspitzung sowie verschärfte Ausbeutung und Prekarisierung über kurz oder lang zu Konflikten führen, die ihren Ausdruck nicht zu Letzt in Aufständen finden werden. Im Prinzip werden mit der Benennung von Kommunikationsanlagen und Transportwegen als kritische Infrastruktur, die zur Aufrechterhaltung wirtschaftlicher und staatlicher Abläufe notwendig sind, und die ihren Ausdruck in der Teilnahme der Telekom, der DB und der Post an den Koordinierungsgremien zur ZMZ finden, auch schon lohnende Angriffspunkte genannt. Wir sollten den Fingerzeig auf die angreifbaren Netzwerke der Kommunikation und des Transportes als Lebensadern des globalisierten Kapitalismus und auch des weltweiten Kriegszustandes ernst nehmen. Dabei sollten wir allerdings im Kopf behalten, dass dies, wie gesagt, nur ein beachtenswerter Aspekt und keine Perspektive ist. Trotzdem, der Staat bereitet sich auf Aufstände vor und auch wir sollten uns überlegen, ob und wie wir uns in zukünftig aufbrechenden Konflikten bewegen können. Gerade weil die (radikale) Linke voraussichtlich nicht deren Auslöserin

sein wird, müssen wir uns Gedanken über Organisationsformen und Handlungsmöglichkeiten machen, die sowohl gegen soziale als auch repressive Verschärfungen bestehen. Anstatt weiterhin bewegungsunfähig wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und über die Schwäche der (radikalen Linken) zu klagen, sollten wir endlich anfangen, gemeinsam nach Wegen zu suchen.

Ein „Weiter so!“, zersplitterter, sich nicht aufeinander beziehender, linker Teilbereichskämpfe wird uns immer tiefer in die Bedeutungslosigkeit führen und es dem Staat leicht machen, unsere Strukturen zu kontrollieren. Die zentrale Frage, die alle linken Bewegungen betrifft, ist: Wie können wir in einer Gesellschaft, in der die sozialen Konflikte sich zuspitzen und Möglichkeiten des Widerstands in beschriebener Weise eingeschränkt werden, Verbesserungen durchzusetzen und in die Offensive kommen? Wie das aussehen kann, werden wir nur durch kollektive Diskussion und Praxis herausfinden.

Diese Frage weiterhin zu ignorieren, wäre aber mehr als nur eine vergebene Chance. Es wäre das Aufgeben des Anspruchs von radikaler Veränderung und systemüberwindender Praxis.

Wir fordern Alle, die zukünftig emanzipatorische Veränderungen herbeiführen wollen - von antifaschistischen Gruppen und anderen linksradikalen/autonomen Gruppen über Basisgruppen der Gewerkschaften, der Studierenden- und der Schüler_innenschaft bis hin zur Basis linker Parteien und Jugendorganisationen - auf, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen und zu diskutieren, wie Widerstand zu organisieren ist.

Beauftragte der Selbstorganisation für antimilitaristische Praxis und Aufstand (BeaSoaPA) Hannover

Diesen Text gibt es auch als Broschüre im Infoladen deines Vertrauens oder zu Bestellen unter:

kontroll-verlust@web.de



Antimilitaristischer Aktionsticker:

antimilitaristische Nachrichten mit Hanno-
verbezug aus dem letzten 1/2 Jahr
alle Tickermeldungen sind gekürzt von
<http://antimilitarismus.blogspot.de>
und können dort nachgelesen werden.

17.05. Erneuter Protest gegen Rüstungsforschung an der Uni Hannover

Die Leibniz Uni Hannover führt seit Jahren Rüstungsforschung durch. Das Rüstungsfor-
schungsprojekt am „Institut für Grundlagen
der Elektrotechnik und Messtechnik“ zur
Erforschung von Störwirkung elektrischer
Impulse auf Elektronische Geräte wie Ra-
daranlagen wurde vom „Bundesministerium
der Verteidigung“ in den Jahren 2006 und
2007 mit insgesamt 154.735 Euro gefördert.
Zudem steuerten private Unternehmen unbe-
kannte Summen hinzu. Nun gab es in Form
eines gefakten Flyers, der für den Stu-
diengang „Military Studies“ wirbt erneut
Protest gegen die Militarisation der Uni-
versität. Die Unileitung hat Anzeige ge-
gen Unbekannt gestellt und ist nachdem es
schon beim Neujahrsempfang kreative Pro-
testaktionen gegen Rüstungsforschung ge-
geben hatte, verärgert.

08.-10.07. Celler Trialog – Deutschland im Krieg

Der dritte Trialog in Celle. Erneuter Be-
deutungszuwachs für das „nationale Aus-
tauschforum für Sicherheitspolitik.“ 160
Teilnehmer_innen, unter ihnen Kriegsmini-
ster Jung, Innenminister Schäuble und
der Mitautor des aktuellen NATO-Strategie-
papiers General a.D. Klaus Naumann, ar-
beiteten unter dem Motto „Sicherheit für
Deutschland – Wirtschaft und Politik an
der Seite der Bundeswehr“ an einem engeren
Schulterschuss. Erstmals gab es Protest
gegen das Kriegstreiberforum. 1.200 Si-
cherheitskräfte sorgten für reibungslosen
Ablauf. Celler Trialog 2010 in Kiel.
Infos: <http://kein-trialog.so36.net>

13.07. Marktkirchenprozess

5. und letzter Verhandlungstag in einem
der beiden letzten Verfahren gegen Akti-
vist_innen, die an der Protestaktion in
der Marktkirche teilgenommen haben.
Das die Repressionsorgane nach der er-
folgreichen Aktion und zahlreichen ande-
ren Verfahren, die sämtlich mit Freispruch
oder Einstellung endeten, wenigstens in
einem Verfahren zurückschlagen wollten,
überrascht uns nicht weiter. Wie der Ange-
klagte in seinem Abschlussplädoyer bereits
feststellte, hat die Richterin sich zur
Erfüllungsgehilfin der Polizei gemacht. Der
Angeklagte muss wegen angeblicher Belei-
digung, fahrlässiger Körperverletzung und
Widerstand 50 Tagessätzen a 20 € zahlen.

22.07. 5 Antimilitarist_innen = illegale Versammlung?

Prozess gegen einen Antimilitaristen, dem
vorgeworfen wurde am 06.08.2008 Versamm-
lungsleiter einer unangemeldeten Versamm-
lung gewesen zu sein. An diesem Tag ge-
dachte das Hiroshima Bündnis Hannover, in
dem sowohl die Stadt Hannover als Paten-
stadt von Hiroshima als auch lokale Frie-
densgruppen vertreten sind, dem ersten

Atombombenabwurf. 5 Antimilitarist_innen
nutzten die Gelegenheit um auf Hannovers
Verstrickung in aktuelle Kriege, durch die
Patenschaft mit der 1. Panzerdivision,
aufmerksam zu machen. Das Verfahren wurde
vor Gericht eingestellt.

13.08. Versuchter Brandanschlag gegen Sommerbiwak

Die Neue Presse schreibt: „Unbekannte
versuchten, mit einem Benzinkanister ei-
nen Pavillon im Stadtpark anzuzünden, wo
die 1. Panzerdivision Ende August mit viel
Prominenz ihr Sommer-Biwak feiert. Die HAZ
schreibt: „Am Mittwoch erhielt die „Hanno-
versche Allgemeine Zeitung“ eine Postkar-
te, in der unbekannte Absender in Schablo-
nenschrift und kruder Sprache erklärten,
sie hätten den Pavillon abgepackelt. Ihre
Logik: Die Bundeswehr führe in Afghanistan
Krieg; ihr Sommerbiwak und der Krieg ge-
hörten daher zusammen. Die Stadt Hannover
mit ihrer Patenschaft zur 1. Panzerdivisi-
on unterstütze die Kriege. „Deshalb ha-
ben wir die Stadt symbolisch angegriffen
und den Park als Kriegsgebiet markiert“,
schließt der Text.“

18.08. 8 Soldatendenkmäler Rosa angemalt

von Aktionsgruppe gegen Sommerbiwak, Mili-
tär und Patriarchat

„Anlässlich des Sommerbiwaks der 1. Pan-
zerdivision haben wir 8 Soldaten- und Mi-
litaristendenkmäler in Hannover mit rosa
Farbe verziert. Unsere Aktion richtet sich
gegen Militarismus und Heldentum. Des-
halb haben wir sowohl Denkmäler für deut-
sche Soldaten aus beiden Weltkriegen, als
auch das eines preußischen Militaristen
ausgewählt. Der deutsche Militarismus hat
mit dem Kolonialismus und zwei Weltkrie-
gen immer nur Elend, Unterdrückung und
Krieg hervorgebracht. Auch die aktuellen
Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie der
Krieg in Afghanistan, sind keine „huma-
nitären Maßnahmen“, sondern stehen in der
ungebrochen blutigen Tradition deutscher
Großmachtfantasien. Wir haben antipatri-
archale rosa Farbe für den neuen Anstrich
gewählt um darüberhinaus den Zusammen-
hang zwischen soldatischem Heldentum und
Geschlechterrollen aufzuzeigen. Gerade
Heldendenkmäler und Tapferkeitsmedallien
verdeutlichen die Überschneidungen in der
Konstruktion des tapferen Heldensoldaten
und der Konstruktion von Männlichkeit.
Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne
Militär, Heldentum und normierenden Ge-
schlechterrollen. Auch in Zukunft ist mit
unserem Widerstand zu rechnen.“

23.08. Antimilitaristische Ausladung des Freundeskreises des 33. Panzerbataillons

Gestern reiste der Freundeskreis des 33.
Panzerbataillons zu einer dreitägigen Ber-
lin-Besuchsreise, einer „Sicherheitspoli-
tischen Informationsfahrt“, an und wurde
beim Abendessen im Kindl-Biersalon am Kur-
fürstendamm von Antimilitaristen/innen mit
deutlichen Worten NICHT-WILLKOMMEN gehei-
ßen. Der Freundeskreis wurde konfrontiert
mit einem Transparent vor der Tür des
Lokals, kleinen informativen Papierschnip-
seln für alle Gäste und einer Ablehnung
verkündenden Rede, der Bundeswehr müs-
se das Rückgrat gebrochen werden. Auf ein
Wiedersehen in Hannover (beim Biwak!)

28.08. Aktionstag gegen das Sommerbiwak

Antimilitaristische und friedenspolitische Gruppen hatten zu einem Aktionstag aufgerufen. Daran beteiligten sich 400 Bundeswehrgegner_innen. Mit zwei Kundgebungen, einer Demo und zahlreichen Aktionen wurde versucht, den Kriegstreiber_innen das Gartenfest zu vermiesen. Erstmals gab es auch innerhalb des Biwaks Aktionen. Siehe Seite 4

28.08. Angriff auf Polizeiwache und Kreiswehrrersatzamt

von Liselotte Mayer
„Aus Protest gegen das Sommerbiwak, Krieg und die Hausdurchsuchung gegen einen Antimilitaristen letzte Woche haben wir gestern die Polizeiwache in der Höfestr. mit roter Farbe angegriffen und beim Kreiswehrrersatzamt die Scheiben eingeschmissen. Für eine Gesellschaft ohne Krieg und Repression“

01.09. Aktion gegen Patenschaft mit BW im Rathaus

Die Rede von Bürgermeister Bernd Strauch, anlässlich des Antikriegstages im Rathaus Hannover wurde gestört. Strauch hatte erst vor vier Tagen vor 6.000 Militarist_innen, beim Sommerbiwak geredet. Strauchs Auftritt beim Antikriegstag ist eine Provokation. Als Strauch mit seiner Rede begann, entrollten 4 Antimilitarist_innen direkt neben ihm ein Transparent mit dem Slogan: „Keine Patenschaft Hannovers mit der 1. Panzerdivision.“ Erfreulicher Weise klatschten spontan ziemlich viele der ca. 100-120 anwesenden Gäste. Kurze Zeit später hing ein weiteres Transparent von der Ballustrade im 1. Stock, hunderte Schnippsel mit Parolen, und einige Flyer regneten auf die Gäste herab. Außerdem wurde Strauchs Rede mehrmahls durch Zwischenrufe unterbrochen. Die Stadt Hannover glaubt wohl sie könne sowohl für den Frieden, als auch für den Krieg werben. Wir fordern den DGB auf, zukünftig keine Kriegstreiber der Stadt Hannover als Redner zu Antikriegsveranstaltungen einzuladen.

11.09. CDU Merkel-Wahlkampf gestört

David McAllister erblickte er in der Masse auf dem Steintorplatz ein Spruchband mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder“. „So etwas verbitten wir uns. Unsere Soldaten sind keine Mörder! Sie leisten Dienst für den Frieden“, ruft er erregt ins Mikrofon. Das Ergebnis ist, dass der Beifall der Anhänger ein wenig stärker wird und die Lautstärke der Pfiffe sich verdoppelt.“ (Haz 11.09.2009) McAllister hat es sich dann auch nicht nehmen lassen persönlich Anzeige zu erstatten. Die Schergen haben dies zum Anlass genommen zwei Antimilitaristen brutal festzunehmen. Die Wahlkampfveranstaltung wurde allerdings bis zum Schluss weiter gestört. Kommentar auf haz.de: „Zur Nationalhymne, die wurde durch die Störer echt zerrissen.“

29.09. Der Bundeswehr „Karriere-Truck“

„Die-In“ um gegen die deutsche Kriegspolitik zu protestieren. Etwa 20 Antimilitarist_innen brachen auf ein Sirensignal hin blutüberströmt zusammen. Das literweise eingesetzte Kunstblut erfüllte trotz strömenden Regens seinen Zweck und verstörte die vorbeieilenden Passant_innen.

In und am Truck Zusammengebrochene wurden von den anwesenden Bullen separiert und 4 von ihnen vorläufig festgenommen. Ihnen wird Sachbeschädigung und Widerstand vorgeworfen. Mehrere Kriegsfans, Bullen und ein Laptop sollen in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

08.10. Plakate gegen Strauch und Patenschaft mit der 1. Panzerdivision

„Wir lassen uns nicht das Recht absprechen, uns auf unsere Weise für den Frieden einzutreten“. Bürgermeister Strauchs Rede beim Antikriegstag und sollte den antimilitaristischen Protest gegen seinen Auftritt, diskreditieren. Auf dem Plakat ist nun das Zitat, Strauchs Portrait und die in Kundus ausgebombten Tanklaster zu sehen. Die Verlogenheit Strauchs und der Stadt Hannover, einerseits beim Antikriegstag aufzutreten und andererseits die 1. Panzerdivision mit der Patenschaft und dem Sommerbiwak zu hofieren, wurde mit dem Plakat angegriffen. Dies gefiel der Lokalpresse, der Stadt und den Bullen nicht. Sogar der VS ließ verlauten er interessiere sich für das Plakat.

17.10. mg-Soli

Nachdem der Prozess gegen die drei angeklagten Antimilitaristen Axel, Florian und Oliver sein Ende nahm. Wurden in Hannover Wandzeitungen und Plakate verklebt. In der Innenstadt gab es Agit-Prop Aktionen.

29.11. Kriegsdenkmal in Burgwedel kaputt

Der Platz auf dem Burgwedeler Friedhof, an dem das Mahnmal für die Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft steht, ist über und über mit Scherben bedeckt. Die Glastafeln, auf denen die Namen von 142 Soldaten zu lesen waren, sind zersplittert. Unbekannte haben die Gedenkstätte in der Nacht zu Sonntag fast vollständig zerstört. Nur die Tafel, die an die zivilen Opfer und an 27 tote Säuglinge polnischer Zwangsarbeiterinnen erinnert, blieb unangetastet. Das Mahnmal, das rund 22.000 Euro gekostet hat und erst vor zwei Wochen enthüllt worden war gedachte auch sechs Angehörigen der Waffen-SS. Jüdische Verbände, unter anderem die Deutsch-Israelische Gesellschaft, hatten das Projekt deshalb scharf kritisiert.

02.12. Freisprüche für Antifaschisten und Antimilitaristen

Einem Aktivisten wurde in zwei zusammengeführten Verfahren jeweils Körperverletzung vorgeworfen. Im 1. Fall ging es um eine angebliche Körperverletzung gegen einen Feldjäger am Rande eines Bundeswehrge-löbnisses in Rheine. Der Angeklagte habe mit einer weiteren Person einen Panzer am Rande des Gelöbnisses vor der rheiner Stadthalle bestiegen und ein „bundeswehrfeindliches Transparent“ gezeigt und anschließend den Feldjäger geschlagen. Im 2. Fall wurde dem Angeklagten vorgeworfen Dirk Heuer, einem hannoveraner DVU-Fascho, beim Plakate für die Europawahl anbringen, erwischt und umgeboxt zu haben. Die Anwältin forderte in beiden Fällen Freispruch. Die Richterin folgte ihrer Argumentation in den entscheidenden Punkten. Es haben sich keinerlei Beweise finden lassen und in beiden Fällen konnten Schläge gegen die „Geschädigten“ nicht erwiesen werden.

Wir sind eine Unterstützungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_innen. Wir unterstützen Alle, die in der Region Hannover der Repression des kriegerischen Deutschlands ausgesetzt sind. Zur Zeit beschäftigen wir uns mit den Folgen der Aktionen gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr 2009. Der Anlass, um sich zusammenzufinden, war die Hausdurchsuchung am 21.08.09. wegen des versuchten Anschlags auf den Rosenpavillon im Stadtpark. Wir werden mit diesem Heft immer dann an die Öffentlichkeit treten, wenn wir was zu sagen haben, es einen neuen Verfahrensstand gibt oder ihr das Postfach überquellen lasst.



Nach Jung und Schneiderhahn: Bald auch zu Guttenberg im Eimer?



Silvesterspektakel gegen Militaer und Polizei!

Mit der Party unterstützen wir Alle, die in Hannover Ärger mit den Bullen haben, weil sie gegen die Bundeswehr und die moerderische deutsche Kriegspolitik aktiv sind.

In Hannover gibt es seit Jahren viele antimilitaristische Aktionen. Meistens geht es um oeffentliche Auftritte der Bundeswehr .

Zu diesem Widerstand gehoert seit Jahren der Kampf gegen das Sommerbiwak der Bundeswehr im Stadtpark. Auch in diesem Jahr gab es einige Aktionen. Zum Beispiel wurde versucht, im Vorfeld einen Pavillon im Stadtpark anzuzünden, der der Bundeswehr waehrend ihrer Feier als VIP-Lounge dient. Das war der Anlass fuer eine Hausdurchsuchung bei einem Antimilitaristen, der jetzt ein Verfahren wegen versuchter Brandstiftung und Verstoss gegen das Waffengesetz hat. Mit einer fetten Silvesterparty unterstützen wir ihn und Alle, die sich den kriegerischen Verhaeltnissen in den Weg stellen!

3 Floors: Eleкто, Pop, Trash, ab 22 Uhr UJZ Korn